

Beamtenrecht

Inhaltsverzeichnis

I.	Behandlung von Steuerdelikten bei Beamten.....	1
1.	"Möglichkeiten" zur Steuerhinterziehung	2
2.	Der Strafraum	2
3.	Disziplinarrechtliche Folgen	2
II.	Neues auf Rehmnetz	3

I. Behandlung von Steuerdelikten bei Beamten

*von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft*

Der Beamte als "Steuersünder"

Der Juni-Newsletter hat einen ersten Einstieg in die Thematik der Strafverteidigung von Beamten gegeben.

Diese Ausgabe soll nunmehr einen Eindruck davon vermitteln, welche Aspekte gerade im steuerstrafrechtlichen Bereich zu beachten sind. Auf den ersten Blick mag sich der Zusammenhang zwischen dem Berufsbeamten und dem Steuerstrafrecht nicht gerade aufdrängen. Immerhin geht der Beamte ja keiner Tätigkeit nach, in der klassischer Weise Leistungen auch "schwarz" erbracht werden (können). Hinzu kommt, dass man die Begehung von Delikten aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität eher Personen aus dem Bereich der Großverdiener zuschreibt. Der Schein trügt jedoch. Die Beratungspraxis zeigt, dass die Begehung von Steuerdelikten auch vor Beamten nicht Halt macht, vielmehr alle Berufs-, Bevölkerungs- und Bildungsschichten betrifft. Das dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass die Begehung von Steuerstraftaten in der Bevölkerung nicht als Gewaltdelikten vergleichbar sozialschädlich angesehen wird. Immerhin fließt kein Blut, auch sonst wird niemanden unmittelbar sichtbares Leid zugefügt und "die an-

deren machen's ja auch". Eine solche Bagatellisierung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass schon aufgrund der Gemeinschädlichkeit der Deliktsbegehung empfindliche Sanktionen drohen. Ein "Kavaliersdelikt" ist die Steuerhinterziehung nämlich keineswegs.

Produktipp

v. Roetteken (Hrsg.)

Beamtenstatusgesetz Kommentar



2978 Seiten.
In 2 Ordnern
ISBN 978-3-7685-0953-4
15 Aktualisierung Juni 2013

149,95 €
Fortsetzungspreis

Der umfassende Kommentar für die Praxis

1. "Möglichkeiten" zur Steuerhinterziehung

Die Gelegenheiten, gegenüber dem Finanzamt falsche Angaben zu machen oder steuerlich relevante Sachverhalte gar nicht mitzuteilen, sind vielfältig. Oftmals verdichtet sich dies für Steuerpflichtige offenbar sogar zu einer Verlockung, der allerdings nicht nachgegeben werden sollte. Möglich sind etwa unrichtige Angaben bezüglich eines häuslichen Arbeitszimmers (etwa bei Lehrern) mit dem Ziel, das zu versteuernde Einkommen mit der Geltendmachung von Werbungskosten zu reduzieren. Ebenso begegnen (das ist vom jeweiligen Amt losgelöst) sog. Angehörigen-Verträge im Bereich der Einkunftsart "Vermietung und Verpachtung". Probleme ergeben sich, wenn etwa der Mietvertrag mit dem eigenen Kind oder dem Lebensgefährten inhaltlich und i Rahmen der Durchführung einem so genannten Fremdvergleich nicht standhält. Das kann sich unter anderem darin zeigen, dass ein zu geringer Mietzins vereinbart wurde oder ein Vertragsverhältnis tatsächlich nicht durchgeführt wird, etwa, weil der Angehörige in Wirklichkeit kostenlos in den überlassenen Räumlichkeiten wohnt, Ausgaben hierfür aber als so genannte Werbungskosten geltend gemacht werden. Von elementarer Bedeutung aber sind freilich Kapitaleinkünfte. Auch wenn das Geldvermögen im Ausland (etwa bei einem Schweizer Kreditinstitut) angelegt ist, sind die Erträge hieraus regelmäßig im Inland zu versteuern. Das ergibt sich aus dem sog. Welteinkommensprinzip, wonach der Steuerpflichtige mit seinem weltweiten Einkommen steuerpflichtig ist, unabhängig davon, wo das Einkommen erzielt worden ist. Entsprechend groß ist zuweilen die Sorge, wenn die Medien vom Ankauf sog. Steuer-CDs berichten.

Auch hier beschränkt sich der Täterkreis keineswegs auf die "Reichen und Schönen". Es reicht eine Erbschaft oder eine längere sparsame Lebensführung, um über einen Betrag zu verfügen, der - gepaart mit etwas Geschick bzw. Glück bei der Anlage begeltliche - zu versteuernde Erträge bringt.

2. Der Strafraumen

Der Strafraumen liegt bei einer "einfachen" Steuerhinterziehung nach § 370 Abs. 1 AO zwischen einer Geldstrafe von 5 Tagessätzen (die Tagessatzhöhe bemisst sich nach dem monatlichen Nettoverdienst geteilt durch 30) und einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren. Sofern die Tat als besonders schwerer Fall zu qualifizieren ist, liegt der Strafraumen zwischen sechs Monaten und zehn Jahren Freiheitsstrafe. Für den Beamten sind insbesondere die so genannten Regelbeispiele nach § 370 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 und 3 AO von Bedeutung. Danach liegt ein besonders schwerer Fall in der Regel nämlich dann vor, wenn der Täter "seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger missbraucht" oder "die Mithilfe eines Amtsträgers ausnutzt, der seine Befugnisse oder seine Stellung missbraucht".

3. Disziplinarrechtliche Folgen

Von ganz elementarer Bedeutung ist zunächst - insofern darf ergänzend auf die Ausführungen im Juni-Newsletter verwiesen werden -, ob eine dienstliche oder außerdienstliche Steuerhinterziehung vorliegt. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass bei einer außerdienstlichen Verfehlung und einem siebenstelligen Hinterziehungsbetrag die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder die Aberkennung des Ruhegehalts



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

jedenfalls in Betracht kommt (Urteil vom 28.07.2011; 2 C 16.10; BVerwGE 140, 185). Eine Zurückstufung gilt etwa als angemessen, wenn der Umfang der hinterzogenen Steuern besonders hoch (sechsstelliger DM-Betrag) ist oder "mit der Steuerhinterziehung zusätzliche Straftatbestände oder andere nachteilige Umstände mit erheblichen Eigengewicht verbunden" sind.

Produkt Tipp

Dr. Stefan Werres (Hrsg.)

Beamtenverfassungsrecht



2011
ca. XXII, 143 Seiten, Softcover
ISBN 978-3-8073-0267-6

21,95 €

Die vorliegende Darstellung führt auf der Grundlage der beamtenbezogenen Vorschriften des Grundgesetzes (insbesondere Art. 33 GG) systematisch in die wesentlichen Grundzüge des Beamtenrechts ein.

Als weiterer Straftatbestand ist etwa an die Urkundenfälschung zu denken, wenn mittels unechter Dokumente der Nachweis abziehbarer Werbungskosten erbracht werden soll. Auch hier ist freilich auf eine nur vorsehbare judikative Entscheidung im Einzelfall hinzuweisen, da die Wendung "andere nachteilige Umstände mit erheblichem Eigengewicht" einen großen Entscheidungsspielraum eröffnet. Eine positive Beeinflussung auch disziplinarrechtlicher Folgen ist durch die Abgabe einer sog. Selbstanzeige möglich. Mit deren Voraussetzungen und Mechanismen wird sich der Oktober-Newsletter befassen.

Dr. Christian Horvat
Rechtsanwalt

II. Neues auf Rehmnetz

News

[Jedes Land macht was es will](#)

Gesetzgebung:

[Altersgeldgesetz des Bundes](#)

Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge.

Die neuesten Themen:

[Übertriebene Fanliebe zum FC Bayern – Entfernung aus dem Dienst!](#)

[Beamtenbesoldung in NRW eindeutig verfassungswidrig](#)

[Weltumsegelung als wichtiger Grund für einen Sonderurlaub?](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).